

Protokoll über die Sitzung Nr. 3/2023 des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen der Stadt Wilhelmshaven am Montag, 13. März 2023, um 14:00 Uhr im Ratssaal

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Carsten Feist

Mitglieder SPD-Fraktion

Beigeordnete Christina Heide

Bürgermeisterin Gesche Marxfeld

Beigeordneter Detlef Schön

Mitglieder CDU-Fraktion

Ausschussvorsitzender Uwe Heinemann

Beigeordneter Jens Stoffers

Stellv. Ausschussvorsitzende Astrid Zaage

Mitglieder Gruppe "GRÜNE und GfW"

Beigeordneter Ulf Berner

Beigeordneter Martin Burkhart

Mitglieder Fraktion WIN@WBV

Ausschussmitglied Stefan Becker

Beigeordneter Markus Bulla

Mitglieder Gruppe "Die BUNTEN"

Beigeordneter Andreas Tönjes

Ausschussmitglied Frank Uwe Walpurgis

Mitglied AfD-Fraktion

Ausschussmitglied Thorsten Moriß

Mitglied Gruppe FDP/FW

Ausschussmitglied Dr. Günther Schulte

Dezernenten

Stadtrat Thomas Bruns

Stadtbaurat Niksa Marusic

Erster Stadtrat Armin Schönfelder

von der Verwaltung

Jan Hülsemann - Fachbereich Finanzen

Torben Müller - Fachbereichsleitung Finanzen

Julia Muth - Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination

Insa Rogel - Fachbereich Kommunikation & Koordination

Elke Schute - Fachbereichsleitung Wirtschaft und Regionalmanagement

Jörg Walkenhorst - Fachbereichsleitung Rechnungsprüfungsamt

Protokollführerin

Jessica Zahn - Fachbereich Finanzen

Es fehlte entschuldigt

Ausschussmitglied Volker Block

als Gäste

Olaf Fischer - Ratsmitglied

Dr. Uwe Weithöner - Ratsmitglied

Mathias Lüdicke – Niedersachsen Ports GmbH & Co. KG

A Öffentlicher TeilTagesordnung:

- | | | |
|------|---|-----------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit | |
| 2 | Feststellung der Tagesordnung | |
| 3 | Genehmigung der Niederschriften über die öffentlichen Sitzungen des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen vom 23.01.2023 und 13.02.2023 | |
| 4 | Vorlagen an den Rat | |
| 4.1 | Änderung des Gesellschaftsvertrages sowie Änderung der Beteiligungsverhältnisse an der JadeBay Entwicklungsgesellschaft durch Kapitalaufstockung und Aufnahme zusätzlicher Gesellschafter:innen aus der Wirtschaft; hier: Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband Jade e.V. sowie Oldenburgische Industrie- und Handelskammer | 67/2023 |
| 4.2 | Änderung der Betriebssatzung (Aufnahme eines beratenden Mitgliedes aus dem Seniorenbeirat und Behindertenbeirat) | 60/2023 |
| 4.3 | Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes GGS | 52/2023 |
| 4.4 | Änderung der Entgeltordnung für das Stadttheater | 63/2023 |
| 4.5 | Klassenassistenzen | 62/2023 |
| 4.6 | Antrag Beigeordneter Heinemann: Nichtanwendung der jährlichen Höchstgrenze bei der Angemessenheit der Aufsichtsrats honorare des Klinikums Wilhelmshaven | 520/2023 |
| 4.7 | Neufassung der Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die Förderung von Kindern in Kindertagespflege und die Erhebung von Kostenbeiträgen für Kindertagespflege | 32/2023 |
| 4.8 | Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Auftragsvergabe und Beschaffung der Stadt Wilhelmshaven | 511/2023 |
| 4.9 | Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Prüfung der Voraussetzung für die Unterzeichnung der "#positivarbeiten Deklaration" | 512/2023 |
| 4.10 | Antrag der SPD-Fraktion zur Errichtung eines Wohnmobilstellplatzes am Freibad Nord | 525/2023 |
| 4.11 | Antrag SPD-Fraktion: Auslagerung der Aufgaben der Stellenbewertung und der Qualitätssicherung vorhandener Stellen an die KGSt | 526/2023 |
| 4.12 | Antrag der CDU-Fraktion: Aufstellungsbeschluss am Handelshafen | 531/2023 |
| 4.13 | Antrag der CDU-Fraktion: Veränderungssperre | 533/2023 |
| 4.14 | Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat | 69/2023 |
| 5 | Vorlagen an den Verwaltungsausschuss | |
| 5.1 | Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den VA | 39/2023 |
| 6 | Mitteilungen und Anfragen | |
| 6.1 | Vortrag "Vom LNG zum Wasserstoff" - Herr Lüdicke (Niedersachsen Ports) | |
| 6.2 | Sachstand TANO | |
| 6.3 | Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung | |
| 6.4 | Strukturwandel | |
| 6.5 | Sachstand Neubürgerakquisition und Einwohnerentwicklung | |

1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, **Herr Heinemann**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Heinemann schlug vor den Tagesordnungspunkt 6.1 „Vortrag „Vom LNG zum Wasserstoff“ – Herr Lüdicke (Niedersachsen Ports)“ vor den Tagesordnungspunkt 3 zuziehen.

Die geänderte Tagesordnung wurde mit 12 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig festgestellt.

6.1 Vortrag "Vom LNG zum Wasserstoff" - Herr Lüdicke (Niedersachsen Ports)

Der Niederlassungsleiter von der Niedersachsen Ports GmbH & Co. KG, **Herr Lüdicke**, hielt einen Vortrag bezüglich dem Thema „Über LNG zum Energy Hub“ Er ging dabei auf die Ausgangssituation, die kurzfristige Entwicklung und die zukünftige Entwicklung bzw. dem Energy Hub ein.

Im Anschluss erfolgte ein Austausch zwischen den **Herren Becker, Schön, Berner, Walpurgis, Tönjes, Moriß** und **Lüdicke**. Dabei ging es insbesondere um die Frage, welche Vorteile die Stadt Wilhelmshaven aufgrund des LNG-Terminals habe und wie lange das Terminal so betrieben werden soll.

Herr Lüdicke erklärte, dass durch das Terminal ein Fokus auf Wilhelmshaven gelegt werde und das Interesse der Industrie geweckt wird. Zu Auswirkungen auf die Gewerbesteuer konnte **Herr Lüdicke** keine Angaben machen. **Herr Lüdicke** betonte, dass Wilhelmshaven bereits die Energiedrehscheibe Deutschlands sei und das Ziel nun die Umstellung von fossilen zu den erneuerbaren Energieträgern sei. Bezüglich der Dauer des LNG berichtete **Herr Lüdicke**, dass der Bund die FSRU für 10 Jahre gechartert habe, dies ist auch der aktuell geplante Zeitraum. Es gebe jedoch auch eine Verlängerungsoption um 5 Jahre.

3 Genehmigung der Niederschriften über die öffentlichen Sitzungen des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen vom 23.01.2023 und 13.02.2023

Herr Moriß widersprach eine En-bloc-Abstimmung.

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen am 23.02.2023 wurde mit 12 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung mehrheitlich genehmigt.

Das Protokoll über die Sitzung am 13.02.2023 wurde mit 11 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen einstimmig genehmigt.

4 Vorlagen an den Rat

- 4.1 Änderung des Gesellschaftsvertrages sowie Änderung der Beteiligungsverhältnisse an der JadeBay Entwicklungsgesellschaft durch Kapitalaufstockung und Aufnahme zusätzlicher Gesellschafter:innen aus der Wirtschaft; hier: Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband Jade e.V. sowie Oldenburgische Industrie- und Handelskammer **67/2023**

Herr Oberbürgermeister Feist führte in die Beschlussvorlage ein und bat um Zustimmung.

Herr Burkhardt hinterfragte, warum keine Arbeitnehmervertreter als Gesellschafter dabei seien und wer zukünftig noch aufgenommen werden soll.

Herr Oberbürgermeister Feist erklärte, dass aktuell keine weiteren Gesellschafter vorgesehen sein und die Aufnahme von Arbeitnehmervertretern bisher nicht thematisiert worden sei. Sollte dies jedoch gewünscht sein, könne der Rat einen Antrag stellen, er empfahl, dass vorher Kontakt zu den Arbeitnehmervertretern aufgenommen wird.

Herr Walkenhorst teilte mit, dass der Beteiligungsanteil der Stadt Wilhelmshaven mit der Aufnahme neuer Gesellschafter auf 20% sinkt und daher das Rechnungsprüfungsamt keine Prüfrechte mehr habe. Dahingehend müsse der Gesellschaftsvertrag angepasst werden.

Herr Tönjes hinterfragte, ob nach der Beschlussfassung noch Änderungen möglich seien.

Frau Schute erklärte, dass dies ein Entwurf des Gesellschaftervertrages sei, damit alle beteiligten Gremien den gleichen Beschluss fassen können.

Herr Müller erläuterte, dass der Rat für wesentliche Änderungen des Gesellschaftsvertrages zuständig sei, Prüfrechte des Rechnungsprüfungsamtes würden darunter nicht fallen und seien Thema für die Gesellschafterversammlung.

Herr Tönjes stellte einen *Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung*.

Der Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung wurde mit 2 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der vorgesehenen Änderung des Gesellschaftsvertrages der JadeBay GmbH Entwicklungsgesellschaft (s. Anlage) inklusive Aufstockung des Stammkapitals, Aufnahme der zusätzlichen Gesellschafter:innen aus der Wirtschaft (hier: Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband Jade e.V.

sowie Oldenburgische Industrie- und Handelskammer) sowie der sich daraus ergebenden Änderung des Beteiligungsverhältnisses der Stadt Wilhelmshaven an der JadeBay GmbH Entwicklungsgesellschaft (neu 20 %, bisher 25%) zu.

Sollten sich wesentliche Änderungen an dem vorgelegten Entwurf oder der geplanten Vorgehensweise ergeben, so ist die Angelegenheit erneut vorzutragen.

4.2 Änderung der Betriebssatzung (Aufnahme eines beratenden Mitgliedes aus dem Seniorenbeirat und Behindertenbeirat) **60/2023**

Es gab keine Wortmeldungen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die anliegende Satzung zur Änderung der Betriebssatzung der Stadt Wilhelmshaven für den Eigenbetrieb „Technische Betriebe Wilhelmshaven (TBW)“

4.3 Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes GGS **52/2023**

Es gab keine Wortmeldungen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Satzung zur Änderung der Betriebssatzung der Stadt Wilhelmshaven für den Eigenbetrieb „Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGS)“ gemäß Anlage.

4.4 Änderung der Entgeltordnung für das Stadttheater **63/2023**

Es gab keine Wortmeldungen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Änderung der Entgeltordnung des Stadttheaters ab der Spielzeit 2023/2024 wird stattgegeben.

4.5 Klassenassistenzen **62/2023**

Herr Burkhart vermisste eine Einführung in die Beschlussvorlage durch die Verwaltung und kritisierte, dass die Beschlussvorlage nicht im Schulausschuss beraten worden sei. Außerdem fragte er, was mit den restlichen Schulen sei und wie viel Entlastung durch das Modell zu erwarten sei.

Herr Schönfelder entgegnete, dass der Jugendhilfeausschuss der federführende Fachausschuss sei und man dort ausführlich berichtet und diskutiert habe. Nächstes Mal könne die Beschlussvorlage jedoch auch gerne in den Schulausschuss eingebracht werden. Eine Ausweitung der Klassenassistenzen auf die anderen Schulen sei nicht ausgeschlossen, es solle aber zunächst abgewartet werden, ob die gewünschten Wirkungen eintreten. Bezüglich der erwartenden Entlastungen verwies **Herr Schönfelder** auf die Beschlussvorlage und benannte die Einsparungen.

Herr Stoffers fragte, ob mit der Umsetzung des Modells bis zur Haushaltsgenehmigung gewartet werden müsse, da dies nicht auf die Individualansprüche bezogen sei, sondern eine freiwillige Aufgabe.

Herr Schönfelder vertrat die rechtliche Einschätzung, dass nicht auf die Genehmigung gewartet werden müsse, da mit dem Modell die Individualleistung ersetzt werden soll.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

1. Das Projekt Klassenassistenzen an der Grundschule Sengwarden und der Oberschule Paul-Hug-Straße wird ab dem Schuljahr 2023/2024 verstetigt.
2. Das Konzept der Klassenassistenzen wird ab dem Schuljahr 2023/2024 auf folgende Schulen mit den in der Begründung genannten Wochenstunden ausgeweitet:
 - Grundschule Voslapp
 - Grundschule Finkenburgschule
 - Ganztagesgrundschule Rüstersiel
 - Grundschule Wiesenhof
 - Grundschule Stadtmitte
 - Integrierte Gesamtschule Wilhelmshaven, Jahrgang 5
 -

4.6 Neufassung der Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die Förderung von Kindern in Kindertagespflege und die Erhebung von Kostenbeiträgen für Kindertagespflege **32/2023**

Herr Schönfelder führte in die Beschlussvorlage ein.

Herr Schön brachte einen Änderungsantrag der SPD-Fraktion (Anlage zum Protokoll) ein.

Herr Becker bat darum über die Punkte des Änderungsantrages einzeln abzustimmen.

Herr Stoffers verkündete, dass die CDU-Fraktion sich enthalten werden, da sie den Antrag noch besprechen müssen. Er verwies darauf, dass der Beschluss eine erhebliche Ausweitung des Finanzvolumens ab dem 01.04.2023 bedeuten würde und fragte, ob dies in der haushaltslosen Zeit rechtmäßig sei.

Herr Schönfelder antwortete, dass eine rückwirkende Zahlung zum 01.04.2023 nach Genehmigung des Haushaltes erfolgt.

Herr Bruns betonte, dass der Änderungsantrag der SPD-Fraktion Mehrkosten von rund einer halben Million Euro verursachen würde. Er verwies auf die aktuelle Haushaltslage.

Anschließend diskutierten die **Herren Weithöner, Becker, Schulte, Tönjes, Schön** und **Frau Zaage** über die einzelnen Punkte des Änderungsantrages.

Herr Schönfelder nannte die jeweiligen finanziellen Auswirkungen der Punkte.

Es wurde einzeln über die Punkte des Änderungsantrages abgestimmt.

Nr. 1 - einstimmig angenommen - (9 Ja-Stimmen, 5 Enthaltungen)

Nr. 2 - mehrheitlich angenommen - (6 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen)

Nr. 3 - mehrheitlich angenommen - (6 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen)

Nr. 4 - einstimmig angenommen - (6 Ja-Stimmen, 8 Enthaltungen)

Nr. 5 - mehrheitlich angenommen - (6 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen)

Nr. 6 - einstimmig angenommen - (10 Ja-Stimmen, 4 Enthaltungen)

Danach wurde der geänderten Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und 7 Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

1. Die Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die Förderung von Kindern in Kindertagespflege und über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung von Kindern in Kindertagespflege wird in der anliegenden Fassung beschlossen und tritt zum 01.04.2023 in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisher gültige Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die Förderung von Kindern in Kindertagespflege und die Erhebung von Kostenbeiträgen für Kindertagespflege vom 25.11.2009 in der Fassung der 2. Änderungssatzung vom 22.09.2015 außer Kraft.
2. Die bisherige Finanzierung der Großtagespflegestellen im Rahmen des auf drei Jahre befristeten Projekts ist bis zum 31.07.2023 vertraglich gesichert und bleibt von der neubeschlossenen Satzung unberührt.
3. Die Verwaltung wird aufgefordert, eine vorläufige Projektauswertung der Großtagespflege und einen Vorschlag zu deren Weiterfinanzierung vorzulegen.

- 4.7 Antrag Beigeordneter Heinemann: Nichtanwendung der jährlichen Höchstgrenze bei der Angemessenheit der Aufsichtsratshonorare des Klinikums Wilhelmshaven **520/2023**

Herr Heinemann übergab den Vorsitz an **Frau Zaage**.

Herr Heinemann brachte den Antrag ein.

Herr Schönfelder zeigte Verständnis für den Antrag. Er berichtete, dass das Rechtsamt den Antrag ausführlich geprüft habe, jedoch noch nicht abschließend klären konnte, ob eine rückwirkende Änderung, da das Jahr 2022 bereits vorbei ist, rechtlich möglich ist. **Herr Schönfelder** bat daher um Vertagung oder Aufnahme des Vorbehalts einer Stellungnahme der Kommunalaufsicht.

Herr Becker stellte daraufhin einen Änderungsantrag der den Antrag mit dem Halbsatz „Es wird unter vorbehaltlicher Prüfung der Kommunalaufsicht beantragt“ ergänzt.

Der Antrag inklusive Änderungsantrag wurde mit 13 Ja-Stimmen und einer Enthaltung einstimmig zugestimmt.

Beschluss: -geänderter Beschlussvorschlag-

Beschlussvorschlag:

Es wird **unter vorbehaltlicher Prüfung der Kommunalaufsicht** beantragt, im Falle des Klinikums Wilhelmshaven bei der Angemessenheit der Aufsichtsratshonorare keine jährliche Höchstgrenze gemäß Beschlussvorlage Nr. 148 aus 2017 anzuwenden, sondern auf die Angemessenheit des Sitzungsgeldes für die einzelne Sitzung abzustellen. Der Antrag gilt ab der möglichen Rückzahlungspflicht, die am 31.3.2023 für das Jahr 2022 entstehen könnte.

Frau Zaage gab den Vorsitz wieder an **Herrn Heinemann** zurück.

- 4.8 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Auftragsvergabe und Beschaffung der Stadt Wilhelmshaven **511/2023**

Herr Berner zog den Antrag zurück.

Beschluss: -zurückgezogen-

- 4.9 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Prüfung der Voraussetzung für die Unterzeichnung der "#positivarbeiten Deklaration" **512/2023**

Herr Berner zog den Antrag zurück.

Beschluss: -zurückgezogen-

- 4.10 Antrag der SPD-Fraktion zur Errichtung eines Wohnmobilstellplatzes am Freibad Nord **525/2023**

Herr Schön brachte den Antrag ein.

Herr Weithöner sprach sich gegen den Antrag aus, dieser sei konzeptlos und realitätsfern. Der Antrag würde eine Investition schaffen, welche sich nicht rechnet und die Stadt würde touristisch an Profil verlieren.

Frau Zaage stellte einen *Änderungsantrag für die CDU-Fraktion*. Demnach soll die Errichtung durch einen privaten Investor erfolgen, ohne dass dem Haushalt der Stadt/ Stadtwerke Kosten entstehen.

Herr Becker erklärte, dass die Fraktion WIN@WBV dem Änderungsantrag zustimmt.

Herr Burkhart sprach sich gegen den Antrag und den Änderungsantrag aus.

Herr Oberbürgermeister Feist erklärte, dass beide Anträge präzisiert werden müssten, da die Fläche zu den Stadtwerken gehört und damit die Verwaltung die Anträge nicht umsetzen kann.

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion wurde mit 4 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Auf Bitten von **Herrn Becker** erklärte **Herr Marušić**, dass in dem Bereich kein Bebauungsplan existiert und dieser aufgestellt werden müsste. Ein Campingplatz habe die gleichen Ansprüche wie Wohnbebauung, diese ist dort jedoch nicht möglich. Es sei lediglich Gewerbe aufgrund der Schallwerte baurechtlich erlaubt, damit bestehe nur die Möglichkeit eines Stellplatzes. Das würde bedeuten, dass keine weitere Infrastruktur angeboten werden darf. Im Regelfall werden die Kosten für die Aufstellung eines Bebauungsplanes durch den Antragsteller getragen.

Anschließend wurde über den unveränderten Antrag der SPD-Fraktion abgestimmt.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

Auf dem Grundstück östlich der Liegewiese vom Freibad Nord wird ein Stellplatz für Wohnmobile mit entsprechender Infrastruktur errichtet.

- 4.11 Antrag SPD-Fraktion: Auslagerung der Aufgaben der Stellenbewertung und der Qualitätssicherung vorhandener Stellen an die KGSt **526/2023**

Frau Heide brachte den Antrag ein.

Herr Bruns erklärte, dass die Verwaltung den Prüfauftrag gerne annehme. Er stellte richtig, dass die angesprochenen 4,5 Stellen nicht für Stellenbewertungen zuständig seien, sondern dies die Stellen der Scankräfte seien.

Auf Nachfrage von **Herrn Burkhardt** und **Herrn Stoffers** sagte **Herr Bruns**, dass die KGSt eine Stelle sei, die die Verwaltung aktuell zur Qualitätssicherung bei z.B. strittigen Bewertungen beauftragt. Die komplette Bewertung wird durch die Verwaltung erstellt und es wird nur die Qualitätssicherung in Anspruch genommen.

Herr Berner fragte, ob mit der Auslagerung geholfen wäre oder ob die Aufgabe in den eigenen Reihen erfüllt werden könne.

Herr Bruns erklärte, dass man dies dann überprüfen werde, betonte aber auch, dass viel von den Zulieferungen der Fachbereiche abhängig sei. Auch bei einer Auslagerung der Stellenbewertungen müsste trotzdem intern vieles vorbereitet werden.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Aufgaben der Stellenbewertung und die Qualitätssicherung vorhandener Stellen an die KGSt ausgelagert werden kann und welche Kosten hierfür entstehen.

- 4.12 Antrag der CDU-Fraktion: Aufstellungsbeschluss am Handelshafen **531/2023**

Frau Zaage stellte einen *Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung*, da man den Vorschlag der Verwaltung abwarten möchte.

Auf Rückfrage von **Herrn Burkhardt** berichtete **Herr Marušić**, dass die Verwaltung bereits umfangreiche Gespräche diesbezüglich geführt habe und am 12. April in den Ausschuss für Planen und Bau eine Vorlage einbringen wird.

Der Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung wurde mit 14 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Beschluss: -vertagt-

Der Rat der Stadt beschließt:

Aufstellungsbeschluss

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt, aufgrund des § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch, in der aktuell gültigen Fassung, die Aufstellung eines Bebauungsplans in dem wie folgt umschlossenen Bereich:
nördlich des Ems-Jade-Kanals,
östlich der Luisenstraße,
westlich der Deichstraße und
südlich der Admiral Klatt Straße bzw. südlich der Flurstücke Flur 18, Flurstück 828/58 und Flur 18 Flurstück 58/4.

4.13 Antrag der CDU-Fraktion: Veränderungssperre

533/2023

Frau Zaage stellte einen *Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung* in die nächste Sitzung.

Herr Tönjes sprach sich gegen eine Vertagung aus und befürwortete den Antrag der CDU-Fraktion.

Herr Marušić erklärte, dass in dem Gebiet teilweise kein Bebauungsplan existiert und dies ein Sanierungsgebiet ist und dort keine Veränderungssperre möglich sei.

Der Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung auf die nächste Sitzung wurde mit 12 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beschluss: -vertagt-

Der Rat der Stadt beschließt:

Veränderungssperre

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt, aufgrund des § 14 Abs. 1 Nr. 1 Baugesetzbuch, in der aktuell gültigen Fassung eine Veränderungssperre für den unten genannten Bereich, nachdem der Rat der Stadt Wilhelmshaven in seiner Sitzung vom 15.03.2023 die Aufstellung eines Bebauungsplans in dem wie folgt umschlossenen Bereich:
nördlich des Ems-Jade-Kanals,
östlich der Luisenstraße,
westlich der Deichstraße und
südlich der Admiral Klatt Straße bzw. südlich der Flurstücke Flur 18, Flurstück 828/58 und Flur 18 Flurstück 58/4.
beschlossen hat.

4.14 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat **69/2023**

Herr Heinemann trug die Beschlussvorlage vor und bedankte sich für die Spende.

Die **Herren Berner, Schön** und **Tönjes** forderten mehr Informationen, unter anderem über den vorgesehenen Ort für das Wappen und die Festlegung des Wertes.

Die Informationen werden zur Ratssitzung nachgereicht.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Annahme der folgenden Zuwendung:

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Nordwest-Zeitung, Verlagsgesellschaft mbH Co. KG; Wilhelmshavener Heerstr. 260, 26125 Oldenburg	5.000,00 €	Sachspende in Form eines Stadtwappens zur Installation in einer städtischen Einrichtung

5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

5.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den VA **39/2023**

Herr Heinemann trug die Beschlussvorlage vor und bedankte sich für die Spenden.

Herr Burkhardt fragte, ob die Aufteilung der Spende Nr. 2 vorgegeben gewesen sei.

Herr Marušić sagte zu, die Antwort bis zur Sitzung des Verwaltungsausschusses zu liefern.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Verwaltungsausschuss beschließt die Annahme der folgenden Zuwendungen:

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Förderverein der GS Wiesenhof, Frau Maike Schun, Am Wiesenhof 142	1.008,10 €	Sachspende/Sportgeräte für den Sportunterricht
2. Öffentliche Landesbrandkasse, Staugraden 11, 26112 Oldenburg	1.400,00 €	Geldspende für die Freiwilligen Feuerwehren Wilhelmshaven

6 Mitteilungen und Anfragen

6.2 Sachstand TANO

Herr Oberbürgermeister Feist informierte, dass inzwischen alle Stellen der TANO besetzt sind und die Büroräume in der Börsenstraße bezogen worden seien. Er berichtete, was bereits alles gemacht wurde, unter anderem die Festlegung der Kommunikationsstrategie für die nächsten Jahre, die Wahl eines Marketingausschusses und eine Vermarktungsaktion Richtung Schweiz gemeinsam mit anderen Bundesländern.

6.3 Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung

BIWAQ V

Herr Oberbürgermeister Feist teilte mit, dass für das Nachfolgeprogramm des ESF- Bundesprogramm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier – BIWAQ“ das Interessenbekundungsverfahren laufe. Die Stadt Wilhelmshaven sei antragsberechtigt, allerdings seien die Förderbedingungen im Vergleich zum Vorprogramm verschärft worden. Bis zum 20.03.2023 können Kommunen ihre Interessenbekundung abgeben, die Verwaltung arbeite aktuell an dieser. Im Juni soll dann die Aufforderung erfolgen, innerhalb von 4 Wochen einen Vollantrag einzureichen.

Innovationspreis

Herr Oberbürgermeister Feist erklärte, dass der Rat am 19.02.2020 mit der Beschlussvorlage Nr. 26/2020 die Einführung eines Innovationspreises beschlossen habe, dies sei Corona bedingt bisher nicht umgesetzt worden. Die WFG will dies nun übernehmen. Es sollen Preise in zwei Kategorien geben und Bewerbungen sind bis zum 27.06.2023 möglich. Im Anschluss entscheidet eine Jury wer gewinnt, die Preisverleihung soll am 28.09.2023 stattfinden.

6.4 Strukturwandel

-Keine Wortmeldungen-

6.5 Sachstand Neubürgerakquisition und Einwohnerentwicklung

- Keine Wortmeldungen -

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 17:40 Uhr

Bruns
Stadtrat

Heinemann
Vorsitzender

Zahn
Protokollführerin